„Die Stadt Neumünster wird zukünftig Kinder und Jugendliche an allen sie betreffenden politischen Entscheidungen beteiligen und damit die notwendige Demokratieförderung weiter verbessern.

Daher soll eine ehrliche und nachhaltige Beteiligung für Kinder und Jugendliche nach folgenden Grundsätzen erfolgen:

1. Auf der Grundlage von §47 Abs. 1 u. 2 der Gemeindeordnung SH wird ein Kinder- und Jugendparlament gebildet mit folgenden Aufgaben:
 - Antrags- und Rederecht in allen städtischen Ausschüssen
 - Anhörung bei allen kinder- und jugendrelevanten Vorhaben
 - Beratung von Anträgen der Jugendverbände, polit. Jugendorganisationen, Kitas, Jugendhäuser, Schülervertretungen und Initiativen.
2. Die Stadt unterstützt aktiv Projektformen zur Demokratieförderung durch Beratung und Hilfestellung und wenn erforderlich, mit Zuschüssen.
3. Aktive Unterstützung als Schulträger bei der Bildung einer Kreisschülervertretung und deren positiver Begleitung.
4. Die Aktion Jugendzentrum e.V. (AJZ) ist unverzichtbar für Neumünster. Die vielfältigen partizipativen Angebote und das stetige Engagement gegen rechtsradikale Tendenzen unter Jugendlichen zeichnet es aus. Auch die anderen verbliebenen Jugendhäuser müssen besser unterstützt werden.

Im Zuge zunehmender Betreuungsangebote in den Schulen (Schulsozialarbeit) müssen diese noch besser in die vorhandenen Angebote integriert werden. Die außerschulische Bildung muss sowohl integraler Bestandteil einer konzeptionell umfassenden Demokratiepädagogik sein, als auch wesentliche Berücksichtigung im Rahmen einer gleichberechtigten Kinder- und Jugendbeteiligung erfahren.

5. Bei der Besetzung des Jugendhilfeausschusses wird den Jugendverbänden empfohlen, möglichst junge Vertreter und Vertreterinnen (z. B. bis 35 J.) vorzuschlagen.
6. Die vor Jahren im Zuge von Sparmaßnahmen eingestellte Förderung der Jugendorganisationen demokratischer Parteien, wird ab dem 1.1.2016 wieder aufgenommen. Im Nachtragshaushalt 2016 werden dafür 15.000 Euro bereitgestellt.
7. Zur Förderung der Demokratieentwicklung in Kitas wird ein „Partizipationspreis“, der alle zwei Jahre vergeben wird, ausgelobt. Die dafür notwendigen Regularien werden von der Verwaltung erstellt und dem Jugendhilfeausschuss zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.“

Ratsherr Klimm berichtet über das bereits bestehende Parlament in Kiel. Er verweist zudem auf die Regelungen des § 47f der Gemeindeordnung (GO).

Herr Saltymakov und Herr Strufe befürworten die Bildung des Jugendparlamentes und betonen die Wichtigkeit.

Der Vorsitzende und der Erste Stadtrat regen an, dass die Verwaltung die Schulleiter/innen nebst Verbindungslehrer/innen, Schulsprecher/innen und die Mitglieder des Schul-, Kultur- und Sportausschusses zu einem Abstimmungsgespräch einlädt.

Sodann beantragt der Vorsitzende den Antrag zurückzustellen.

Beschluss: Der Antrag wird einstimmig zurückgestellt

Endg. entsch. Stelle:

Ratsversammlung